

LINKES WORT

KPÖ-Informationen für Kirchberg

Unser Müll fährt spazieren

Die Gemeinde Kirchberg hat die Abwicklung der Müllbeseitigung zur Gänze an den Abfallverband des Bezirkes übergeben. Viele mögen dieser Information wenig Bedeutung schenken, aber der Teufel steckt wie immer im Detail.

Zum Einen hat der Gemeinderat nun kein Mitspracherecht mehr über die Art der Durchführung und der Preisgestaltung, zum Anderen soll laut Verwaltungsreform, die Müllentsorgung der Bezirke so umstrukturiert werden, dass am Ende eine völlige Privatisierung schnell und unauffällig möglich wird.

Es geht also nicht mehr darum, unseren Abfall möglichst umweltschonend und für die Bevölkerung möglichst billig zu entsorgen und dabei auch noch so viele Arbeitsplätze wie möglich zu sichern. Es geht nun darum, dass unser Abfall für private Firmen möglichst gewinnbringend beseitigt werden soll.

Dabei werden die BürgerInnen soviel und sooft es geht zur Kasse gebeten. Die Müllgebühren sind teurer geworden. Die Erhöhung ist sehr gering, wollen uns die Gemeinderäte beruhigen. Dafür werden ja die Mülltonnen jetzt alle 4 Wochen entleert.

Einige Monate später werden wir informiert, dass die alten Blechmülltonnen aus dem Verkehr gezogen werden, weil sie ja so schwer sind. Leichte Kunststoffmülltonnen sind ja doch eine Erleichterung für die ArbeitnehmerInnen. In der Realität heißt das aber, dass ein Müllfahrzeug statt wie bisher von zwei Personen, nun nur mehr von einer Person begleitet werden muss. Diese wiederum senkt laut Abfallverband drastisch die Personalkosten.

Diese Kostensenkung wird natürlich nicht an die Bevölkerung weitergegeben, das würde der gängigen Ausschließungspolitik ja zutiefst widersprechen.

Aber es kommt noch besser. Laut dem neuen Landesabfallgesetz darf nur mehr Hausmüll deponiert werden der zuvor thermisch behandelt wurde. Das heißt, unser Müll wird verbrannt und erst die Asche wird deponiert. In Oberösterreich gibt es zwei Verbrennungsanlagen, eine davon in Wels.

Der Müll von vielen Bezirken wird nun per LKW nach Wels gekarrt um dort verbrannt zu werden. Die Verbrennungs-

wärme wird wiederum zur Stromproduktion genutzt.

Der aus unserem Müll gewonnene Strom wird aber nicht etwa als billiger Strom wieder an die Bevölkerung zurückgegeben. Nein, Abfallverwertung soll ja Gewinne für private Kapitalträger erbringen. Nun stellt sich heraus dass dazu zuwenig Müll von uns produziert wird. Na ja, dann macht es plötzlich Sinn die Entsorgungsintervalle zu verkürzen. Denn so werden wir dazu angeregt mehr Müll zu produzieren.

Gleichzeitig wird aus Bayern Müll importiert, denn die Gewinne müssen stimmen. Die Bayern stört's sicher nicht, dass wir ihren Müll entsorgen und uns hat ja ohnehin keiner gefragt.

Diese neue Regelung ist ein umweltpolitischer Schwachsinn. Die Grünen als Umweltpartei haben es verschlafen sich kritisch einzubringen oder an einer Verbesserung des Gesetzes mitzuarbeiten. Landesrat Anschöber meinte in einem Interview beschwichtigend, dass der Gesetzestext wohl etwas unglücklich formuliert sei. Welch schlimme Untertreibung für dieses Desaster.

Doch bleiben wir mal bei den Grünen (siehe Artikel nebenan)



Einladung zum

Informationsabend

„Was bringt die EU-Verfassung?“

Zum Thema EU-Verfassung informiert der KPÖ-Landessekretär Leo Furtlehner.

- **Freitag 10. Dezember 2004**
- **Gasthaus Zauner, Kirchberg ob der Donau,**
- **Beginn: 19 Uhr**

Eintritt frei!

Grüne:

Neutralität ade...

Die Grünen sind für die Abschaffung der Neutralität und für eine starke Euro-Armee mit österreichischer Beteiligung. Völlig überraschend beschloss der Bundesvorstand der Grünen diesen Richtungsumschwung.

Sie wollen offensichtlich mit den Schwarzen regieren, um jeden Preis. Dazu sind sie sogar bereit sich von ihren Wurzeln in der Friedensbewegung endgültig zu verabschieden. Die Glaubwürdigkeit dieser Partei ist damit nicht mehr gegeben. Die Grünen sind nur mehr ein trauriges Beispiel dafür, wie Macht korrumpieren kann.

Während Anschöber in bunten Zeitungsinseraten noch für ein Gentechnikfreies Oberösterreich eintritt, beschließt das EU-Parlament eine neue Richtlinie für den Einsatz von Gentechnik Saatgut, Futtermittel und Lebensmittel, ohne dass die Grünen im EU-Parlament durch großen Widerstand aufgefallen wären.

Das faktische Aus der Bio-Landwirtschaft steht bevor und die Grünen haben's offensichtlich verschlafen. Guten Morgen Herr Anschöber.

Gesundheit

Zu Tode reformiert...

Die Regierung will unser Gesundheitssystem „reformieren“, soll heißen privatisieren. Das die Ausgaben des Bundes für die Gesundheit der Bevölkerung jährlich weniger werden müssen ist eine rein politische Entscheidung.

Denn unser Gesundheitssystem funktioniert gut und kostengünstig. Österreich wendet zur Zeit 8,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Gesundheit auf, davon werden 99 Prozent der Bevölkerung versorgt.

Die USA als Musterbeispiel privater Sicherungssysteme wendet 13 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes auf, davon werden aber nur 50 Prozent der Bevölkerung ausreichend versorgt.

Zwei Drittel unseres Gesundheitsbudgets werden für die Spitalsfinanzierung verwendet. Dieser große Brocken soll privaten Kapitalträgern zugänglich gemacht werden. Nicht aus wirtschaftlicher Notwendigkeit sondern aus Prinzip und wider jede Vernunft.

Die Ausgliederung der Spitäler und die Einführung von Gebühren und Selbstbehalten sind nur ein erster Schritt in diese Richtung. Der als Strukturreform getarnte Umbau des Hauptverbandes der Sozialversicherungen und die Schaffung von sogenannten „Gesundheitskonferenzen“, sind nichts anderes als eine kalte Enteignung der Versicherten und die quasi Abschaffung der Selbstverwaltung.

- Wir fordern daher den sofortigen Stopp für die Umstrukturierung des Hauptverbandes, den Verzicht auf die Schaffung der Gesundheitskonferenzen, einen Privatisierungsstopp für unsere Spitäler und die Abschaffung von Rezeptgebühren und Selbstbehalten.

- Wir fordern die Absicherung unseres Gesundheitssystems in der Verfassung. Das entspräche auch der EU-Menschenrechtskonvention von 1958, der unser Land ja beigetreten ist.

Weniger Demokratie, neoliberale Wirtschaft, Militarisierung Europas!

Was bringt die EU-Verfassung?

Durch die EU-Verfassung wird der neoliberale Kapitalismus als „offene Marktwirtschaft in den Verfassungsrang erhoben. Als Grundfreiheiten gelten: Warenverkehr, Güterverkehr, Dienstleistungsverkehr und Personenverkehr. Die Gewinne der Konzerne haben oberste Priorität, dafür garantieren der Stabilitätspakt und die europäische Zentralbank.

Die Verfassung sieht eine EURO Armee vor, Kampfeinsätze zur Wahrung europäischer Interessen, der Verpflichtung zur Aufrüstung zur Schaffung einer Weltmacht EU in direkter Konkurrenz zu den USA.

Gleichzeitig wird die Stimmengewichtung im EU-Parlament durch die Schaffung der „doppelten Mehrheit“ geändert. Für einen gültigen Beschluss sind in Zukunft die Mehrheit der Staaten und gleichzeitig 65 % der EU-Bevölkerung nötig. Das bedeutet, ohne die Zustimmung von Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien wird es in Zukunft unmöglich sein eine Entscheidung zu treffen. Selbst wenn alle kleineren EU Staaten zusammen einen Standpunkt vertreten können sie sich bei diesem Abstimmungsmodus nicht gegen die „5 Großen“ durchsetzen. Mit den Wölfen heulen oder untergehen, eine andere Wahl werden wir in Zukunft nicht mehr haben.

Die geplanten Erhöhungen des Rüstungsbudgets werden, wie auch alle anderen bisherigen Erhöhungen zu Lasten der Bevölkerung gehen. Durch höhere Steuern, Leistungskürzungen im Gesundheits-, Bildungs- und Pensionsystem.

Weiters beinhaltet der freie Dienstleistungsverkehr noch das sogenannte „Herkunftslandprinzip“. Das bedeutet, dass Firmen mit Sitz in einem anderen EU-Land beim Erbringen einer Dienstleistung in Österreich nicht an unserer Recht gebunden sind. Es gilt das Recht des Herkunftslandes. Zum Beispiel: Ein Reisebüro aus Lettland veranstaltet

Busreisen in Österreich. Hierbei gilt lettisches Umweltrecht, Arbeitsrecht, Steuerrecht, lettische Kollektivverträge, usw. Natürlich kann da kein heimischer Bus Unternehmer mehr mithalten.

Das war nur ein Beispiel von vielen. Die Bundesregierung möchte ohne die Bevölkerung zu befragen im Parlament dieser EU-Verfassung zustimmen. Ganz gezielt wurden uns in den letzten Monaten wichtige Informationen vorenthalten.

Statt dessen hat das EU-Parlament tatsächlich darüber beraten, ob ein Propagandafeldzug in noch nie dagewesenem Ausmaß europaweit die Zustimmung der Bevölkerung erhöhen soll.

Den Politikern ist sehr wohl klar, dass eine Mehrheit für diese Verfassung nicht zu finden sein wird. Darum verweigert unsere Regierung die objektive Information der Bevölkerung und eine Volksabstimmung zur EU-Verfassung.

- Die KPÖ fordert daher die Gemeinde Kirchberg auf eine Resolution mit der Forderung nach Information und Befragung der Bevölkerung im Gemeinderat zu verabschieden und dem Nationalrat zu übermitteln. Die KPÖ-Kirchberg wird dem Gemeinderat eine Musterresolution mit dem Ansuchen um Abstimmung zukommen lassen

Außerdem bieten wir die Gelegenheit für alle interessierten KirchbergerInnen sich am Freitag, 10 Dezember 2004 um 19 Uhr im Gasthaus Zauner, bei einem Infoabend der KPÖ Kirchberg über die Inhalte der EU-Verfassung kundig zu machen.



KPÖ-Oberösterreich für Aufhebung der Privatstiftungen

Pensionsharmonisierung

Legalisierte Steuerhinterziehung

Zur „absoluten Erfolgsstory der letzten Jahre geworden“ ist für den Finanzminister der schwarzblauen Regierung, Karl-Heinz Grasser, das 1993 vom damaligen SPÖ-Finanzminister Ferdinand Lacina geschaffene Privatstiftungsrecht:

Deutlicher könnte die Kontinuität österreichischer Umverteilungspolitik auf Kosten der Lohnabhängigen und damit die Austauschbarkeit der Parlamentsparteien nicht demonstriert werden.

Laut beim dritten österreichischen Stiftungstag gemachten Angaben sind in den per Oktober 2004 registrierten 2.542 Privatstiftungen nicht weniger als 55 Milliarden € (das sind nach alter Währung 757 Milliarden Schilling) steuerschonend deponiert. Zwei Drittel davon entfallen auf Firmenbeteiligungen, hinter den 100 größten heimischen Privatunternehmen stehen bereits Stiftungen. Wie der Wirtschaftsanwalt Rudolf Fries, über eine Familienstiftung Böhler-Teilhaber, erklärt, ist die Stiftung „bereits der Prototyp des österreichischen Kernaktionärs“ geworden.

Durch das Parken großer Vermögen in Stiftungen wird beispielsweise Erbschaftssteuer im großen Stil „vermieden“, die bei der Vererbung von Unternehmen „geradezu ruinös sein kann“. Müssten normalerweise bei der Vererbung von fünf Millionen Böhler-Aktien zum Kurs von 85 € bei einer Dividende von zwei € nach Abzug der Kapitalertragssteuer in der Steuerklasse I (15 Prozent) 0,75 Mio. € Erbschaftssteuer bezahlt werden, so stirbt der Staat um diese Summe, wenn das Vermögen in einer Stiftung lagert. Von den jährlich lukrierten 100-150 Mio. € Erbschaftssteuer kommen nur rund zehn Prozent aus Stiftungen.

Ab 2005 werden Stiftungen auch bei Spenden von der Kapitalertragssteuer befreit und privaten Spendern gleichgestellt. Als „Ausgleich“ dafür, dass die großen Vermögen zunehmend keine Steuern zahlen und die Konzerne gleichzeitig Förderungen kassieren wie jetzt in dem Buch „Asoziale Marktwirtschaft“ nachgewiesen wird, beschwichtigen sie die Öffentlichkeit mit Almosen in Form von Sponsoring oder Spenden. Dass durch die systematische Steuerflucht von Kapital und Vermögen die öffentlichen Leistungen finanziell immer systematischer ausgehungert werden wird von der etablierten Politik gar nicht mehr thematisiert.

Nicht nur der deutsche Steuerflüchtling Flick, sondern auch alle namhaften österreichischen Milliardäre wie Androsch (SPÖ), Prinzhorn (FPÖ), Bar-

tenstein (ÖVP), Haselsteiner (LIF), Wlasek, Stronach, Meinl, Palmers, Dichand, Lugner, Swarovski, Esterhazy, Piech usw. haben ihr Vermögen steuerschonend in Privatstiftungen angelegt und sind damit vor der Steuerleistung „stiften“ gegangen.

Die KPÖ-Oberösterreich tritt daher für die Aufhebung des geschaffenen Privatstiftungsgesetzes und Besteuerung der Erlöse aus den dort veranlagten Vermögen bis zum Höchststeuersatz nach dem Einkommensteuergesetz ein: Es ist für die Lohnabhängigen und sozial Schwachen völlig unakzeptabel, daß einerseits mit Brachialgewalt das Budget saniert und die Pensions- und Gesundheitsfinanzierung in Frage gestellt wird, andererseits aber zig Milliarden € in Österreich steuerschonend in Privatstiftungen geparkt sind.

Aufschlussreich für den Geisteszustand der SPÖ ist auch, dass Ex-Finanzminister Lacina als „Erfinder“ der Privatstiftungen kürzlich die „Erhöhung“ der Besteuerung von Privatstiftungen kritisiert hat. Lacina hat bekanntlich auch die Vermögenssteuer abgeschafft, seither weist Österreich die niedrigste Vermögensbesteuerung aller 30 wichtigsten Industrieländer auf. Würde die Vermögensbesteuerung nur soviel zum Gesamtsteueraufkommen beitragen wie vor Beginn des globalisierten freien Kapitalverkehrs vor 30 Jahren hätte Österreich laut ATTAC die längste Zeit Bud-

Wertschöpfungsabgabe notwendig

Schwarz-Blau hat weitere massive Einschnitte ins Pensionsrecht beschlossen: Das Wort „Harmonisierung“ ist hier aber völlig fehl am Platz, denn anstatt einer Angleichung der unterschiedlichen Pensionssysteme wurden neuerliche Pensionskürzungen beschlossen.

Dieses Gesetz stellt einen schweren Eingriff in die Lebensplanung der jetzt arbeitenden Generation und einen Bruch des Vertrauensschutzes dar und wird viele Menschen in soziale Notlagen bringen. Ein Prinzip der Sozialgesetzgebung, nämlich die Sicherung des Lebensstandards im Alter, bei Krankheit und Arbeitslosigkeit, wird gröblichst verletzt. Arbeiterkammer und ÖGB haben in ihren Aussendungen bereits auf die neuerlichen Pensionskürzungen von bis zu 20 Prozent aufmerksam gemacht.

Das alles ist nicht etwa nötig weil unser Land so arm ist, sondern weil einerseits die Wirtschaft nichts mehr zu unserer Absicherung beitragen möchte und andererseits weil ein Markt für private Versicherer geschaffen werden soll.

● Die KPÖ fordert daher die Einführung wertschöpfungsorientierter Arbeitgeberbeiträge in unsere Sozialversicherung. Die Wertschöpfungsabgabe kann unsere Pensionen nachhaltig sichern.

getüberschüsse. Wenn Lacina immer noch harträckig auf seinen „Errungenschaften“ beharrt, dann ist dies „Neoliberalismus pur“ auf sozialdemokratisch.

Antwortkarte

Ich möchte:

- Falter Ausverkauf
 - Falter EU-Verfassung
 - Stichwort: EU-Verfassung
 - Petition EU-Verfassung
 - Unterstützungserklärung Friedensvolksbegehren
 - Probenummer "Café KPÖ"
- Gewünschtes ankreuzen, Absender nicht vergessen, Karte abtrennen und absenden.

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Postgebühr
zahlt der
Empfänger!

**KPÖ-Landesvorstand
Oberösterreich
Melicharstraße 8
4020 Linz**

Nein zum Europa der Konzerne und Generäle!

Beteiligung an EU-Kampfgruppen ist eindeutig neutralitätswidrig

EU: Supermacht statt Friedensprojekt

Eindeutig neutralitätswidrig ist die Beteiligung Österreichs an den geplanten „Battle Groups“ der EU, schlussfolgert die KPÖ-Oberösterreich aus den Aussagen der Verfassungsexperten Theo Öhlinger und Heinz Mayer.

Diese hatten jetzt erklärt die österreichische Beteiligung an diesen Kampfgruppen sei mit der Neutralität kompatibel, weil sich Österreich bereits mit dem Beitritt zur EU und der von SPÖ und ÖVP 1998 durchgeboxten Kriegsermächtigung in Form des § 23f der Verfassung der Sicherheitspolitik der EU untergeordnet hatte.

„Im Klartext bedeutet dies nichts anderes, als dass die EU-Mitgliedschaft von Anfang an im Widerspruch zur Neutralität gestanden ist, wie die KPÖ bereits vor der Volksabstimmung im Jahre 1994 klar festgestellt hatte“, stellt dazu KPÖ-Landesvorsitzender Leo Mikesch fest und weist darauf hin, dass der Einsatz dieser Kampfgruppen auch ohne UNO-Mandat erfolgen soll. Die Demontage der Neutralität wird von allen vier Parlamentsparteien gleichermaßen betrieben, wobei die SPÖ ihre Mitverantwortung hinter einen verbalen Schwall von Neutralitätsgedusel verbergen will. Besonders verlogen ist die Haltung der Grünen, die erst kürzlich eindeutig für die Aufgabe der Neutralität durch Beteiligung an der EU-Sicherheitspolitik plädierten, jetzt aber Bedenken gegen die Kampfgruppen anmelden, weil darin auch nicht der EU angehörende NATO-Länder wie Norwegen eingebunden werden sollen.

Laut Heeresminister Günther Platter will sich Österreich mit 200 Soldaten gemeinsam mit Deutschland und Tschechien in einer solchen EU-Kampfgruppe beteiligen. Dies ist insofern historisch pikant, als damit erstmals seit 1945 österreichische und deutsche Soldaten in einer gemeinsamen Armee vertreten sind. Die ersten der 10 bis 15 geplanten innerhalb von fünf bis 14 Tagen einsatzfähigen solchen Kampfgruppen mit einer Stärke zwischen 2.000 und 6.000 Soldaten sollen bereits 2005 gebildet werden, Österreich soll allerdings erst 2009

„zum Zug“ kommen.

Mit der Bildung der „Battle Groups“ führen die EU-PropagandistInnen auch alle Legenden und Argumente ad absurdum, die EU sei als Friedensprojekt – nämlich der Aussöhnung zwischen den historischen Erbfeinden Deutschland und Frankreich – entstanden und würde als solche weiter entwickelt. Denn der Auftrag der Kampfgruppen ist unmissverständlich darauf gerichtet, kurzfristig weltweit heikle militärische Missionen – im Klartext Interventionen zugunsten der Interessen der EU-Konzerne – durchzuführen. Ab 2007 will die EU in der Lage sein, gleichzeitig zwei Einsätze solcher Kampfgruppen durchzuführen.

Sowohl die Verteidigungsdoktrin der EU als auch die neue EU-Verfassung ermöglichen militärische Präventivschläge, wobei die Anlässe dafür in Form von „Schurkenstaaten“, internationalem Terrorismus oder Massenvernichtungswaffen ganz dem US-Vorbild zur Begründung weltweiter Kriegsführung entlehnt sind. Das verwundert freilich nicht, ist es doch erklärtes Ziel der EU bereits ab 2010 gleichwertig mit der Supermacht USA zu sein und ebenso weltweit agieren zu können. Die von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel ausgegebene Devise „Solidarisch in Europa, Neutral in der Welt“ wird damit als plumpes Täuschungsmanöver entlarvt.

Im Protokoll des EU-Gipfels vom Juni 2004 ist verankert, dass nur jene Staaten an der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ beteiligt sind, die „anspruchsvolle“ Kriterien hinsichtlich Bewaffnung, Mobilität, etc. erfüllen. Die Verpflichtung zur Aufrüstung ist auch explizit in der EU-Verfassung verankert, dass deren Kehrseite verstärkter Druck auf den Sozialstaat und das öffentliche Eigentum ist, liegt auf der Hand.

Die 1955 beschlossene immerwäh-



Gusenbauer ganz neoliberal...

„Es wird keine Privatisierung rückgängig gemacht“, SPÖ-Chef Gusenbauer in der „Neuen Zürcher Zeitung“

„Ich verstehe mich als Anwalt des Wettbewerbs für eine solidarische Hochleistungsgesellschaft“, SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer auf neoliberalen Pfaden...

„Aufstocken halte ich nicht für sinnvoll. Das betrachte ich für das gesamte Wirtschaftsklima als nicht günstig“. SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer zur Forderung des SPÖ-Verkehrssprechers Kurt Eder nach Aufstockung der Staatsanteile der ÖIAG-Unternehmen.

rende Neutralität hat Österreich über Jahrzehnte hinweg durch das Heraushalten aus Militärbündnissen wesentlich niedrigere Rüstungsausgaben ermöglicht, die wiederum das Fundament dafür sind, dass Österreich heute zu den reichsten Ländern der Welt gehört. Gleichzeitig ermöglichte die Neutralität insbesondere in der Ära Kreisky Österreich eine Vermittlerrolle in internationalen Konflikten, die allgemein Anerkennung gefunden hat:

„Dieses wertvolle politische Kapital wird jetzt gezielt vernichtet, weil die Weiterentwicklung einer aktiven Neutralitätspolitik als Modell für eine friedlichere Welt verhindert wurde. Somit verkommt die Neutralität durch das Betreiben des politischen Establishments zu einer der Lebenslügen der 2. Republik“, meint Leo Mikesch abschließend.

Aktuell

Nummer 10, November 2004 - Sponsoring-Post, Verlags- und Herstellungsort: Linz, Erscheinungsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz, P.b.b.
Vertragsnummer GZ 02Z030467 S
Impressum: Medieninhaber (Verleger), Herausgeber, Hersteller: KPÖ-Oberösterreich, Melicharstraße 8, 4020 Linz, Telefon (0732) 652156, Mail kpoe.ooe@aon.at, Web www.kpoe.at/ooe